



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Situation auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, zur 22. Tagung des Landtages schriftlich über die aktuelle Situation auf dem schleswig-holsteinischen Wohnungsmarkt zu berichten und sich dabei zu folgenden Punkten zu positionieren:

- Abschaffung des Programms „Soziale Stadt“ und weitere von der Bundesregierung geplante Kürzungen in der Städtebauförderung um 45 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr bzw. um 200 Millionen im Vergleich zum ursprünglichen Ansatz für 2010,
- Mietpreisentwicklung in den schleswig-holsteinischen Kreisen und kreisfreien Städten (u. a. Mietpreisexplosionen in Kiel und Flensburg sowie auf den Inseln an der Westküste) und politische Handlungsoptionen,
- sinkende Anzahl an Wohnungen mit Sozialbindung und der Forderung des Mieterbundes zur Förderung von mehr sozialem Wohnraum,
- Nutzung und Zukunft des Zweckvermögens Wohnungsbau,
- Anpassung der Mietobergrenze an die ortsübliche Vergleichsmiete,
- Festschreibung von höchstzulässigen Mieten im SHWoFG als Bruttomieten,
- Eingruppierung von Bädergemeinschaften an Nord- und Ostsee in eigene Mietstufen,
- Einführung von Mietspiegeln.

Der Landtag bittet die Landesregierung, in ihrer Berichterstattung ergänzend darzulegen, welche politischen Maßnahmen sie in der Wohnraumversorgung, Wohnraumförderung und im Städtebau u. a. zu nachstehenden Stichworten für die kommenden Jahre plant: Barrierefreiheit, Senioren, Demographie, Generationenübergreifendes Wohnen, Studierende, Menschen mit niedrigem Einkommen.

Rasmus Andresen
und Fraktion